

LUDWIG WATZAL

Ursachenforschung ist keine

Relativierung des Terrors

Kritische Fragen an

die US-Nahostpolitik

Seit den Terroranschlägen in New York City und Washington befinden sich die USA in einem einseitig erklärten Kriegszustand gegen den politischen Islam. Das westliche Verteidigungsbündnis, die NATO, erklärte den Bündnisfall laut Artikel 5 des NATO-Vertrages. Demzufolge wurde dieser Angriff auf die USA als ein Angriff gegen alle begriffen, obwohl es keinen kriegerischen Angriff von außen gegeben hatte. Ob diese Treueschwüre politisch klug waren und überall durchgehalten werden können, muss ernsthaft bezweifelt werden. Haben wir uns überhaupt die Mühe gemacht, in die Gedankenwelt dieser Menschen vorzudringen? Wenn es nicht gelingen sollte, die Hintermänner und Drahtzieher des Anschlages festzunehmen, wird dieser »Krieg gegen den Terror« gravierende Folgen für den Westen haben. Jeder vermutet, dass der Fundamentalist Usama bin Laden hinter diesem Terroranschlag steht, die Beweise dafür fehlen jedoch. Warum gilt bin Laden unter Millionen von Muslimen als Ikone? Wenn man den Feind nicht findet, muss einer konstruiert werden. Das Problematische dabei ist, dass dieser Konflikt seine eigene Logik entwickeln wird. Zum ersten Mal findet eine Entkoppelung von Kriegshandlung und Kriegsrhetorik statt.

Fragen an die US-Nahostpolitik 657

Die ersten verbalen Reaktionen von Präsident George W. Bush ließen das Schlimmste befürchten. Zuerst dominierten Rachegefühle und Vergeltung. Bush stilisierte die bevorstehende Auseinandersetzung zu einem Kampf zwischen Gut und Böse. Er sprach von einem »Kreuzzug«; Gott könne in diesem Falle nicht neutral sein. Die Terroristen sollten »ausgeräuchert« werden. Im Sinne einer Heilserwartung wollte man »infinite justice« (unendliche Gerechtigkeit) schaffen. Bush stellte die Welt vor eine Alternative: »Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid für die Terroristen.« Ein zutiefst arrogantes Verlangen, weil die meisten Völker eine solche Entscheidung für sich nicht zu treffen brauchen. Die Medien in den USA und Europa stimmten sofort in diese Kriegsrhetorik mit ein. Wobei nur zu hoffen bleibt, dass die Medien dieses Mal besser gegen die üble Manipulation von Fakten gewappnet sind als im Golfkrieg gegen den Irak oder im Krieg gegen Jugoslawien? Die Manipulation mit einer gestellten Szene von jubelnden palästinensischen Kindern lässt jedoch Zweifel aufkommen. Sie sollte suggerieren, als jubele die ganze palästinensische Nation über die terroristischen Gräueltaten gegen die USA.

Bundeskanzler Gerhard Schröder verpflichtete sich zur bedingungslosen Solidarität. Wäre nicht auch hier der Augenblick gewesen, seine Eigenständigkeit und Handlungsfreiheit zu bewahren, wie es einem souveränen Staat trotz aller Bündnisschwüre zukommt? Nach anfänglicher schriller Rhetorik scheint es indes, als hätten sich die besonneneren Kräfte in der US-Administration durchgesetzt. Dennoch sei die ketzerisch anmutende Frage erlaubt, ob die USA nicht unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung ihre Hegemonialstellung ausbauen wollen? Geht es nicht auch um den Entwurf einer neuen Weltkarte oder um die Vollendung einer »neuen Weltordnung«?

In der abendländischen Philosophie gibt es das Prinzip der *causa prima*, der Frage nach

der Erstsache. Der Frage nach Ursache und Wirkung sollten sich liberale Demokratien verpflichtet fühlen. Recht und nicht Rache und Vergeltung bestimmt die Handlungsweise von Rechtsstaaten. Die Hintermänner dieses Terroranschlages müssen gefasst und zur Verantwortung gezogen und der gerechten Strafe zugeführt werden. Ein Gericht dafür gibt es in Den Haag, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhandelt. Die Stärke freiheitlicher Demokratien zeigt sich darin, dass sie auch bei noch so grausamen Verbrechen sich dem Recht verpflichtet fühlen.

Die Frage nach den Ursachen dieses Terroranschlages darf nicht als verdeckte Legitimierung oder Relativierung denunziert werden. Gefragt ist neben der Zerschlagung der Infrastruktur des Terrors auch ein Nachdenken über mögliche eigene Versäumnisse. Ist die amerikanische und europäische Nahostpolitik noch glaubwürdig? Welche politischen Veränderungen müssen erfolgen, und was können die USA und die EU dazu beitragen?

Worüber diskutiert werden muss

Erstens: Die USA müssen ihre Nahostpolitik in Bezug auf Israel und Palästina verändern. Israel als Besatzungsmacht muss zum Rückzug aus allen besetzten Gebieten bewegt werden.

Zweitens: Die USA müssen ihre doppelzüngige Politik gegenüber der arabischen Welt aufgeben. Einerseits verlangen sie verbal die Demokratisierung dieser Region, andererseits unterstützen sie die arabisch-reaktionären Regime wie Saudi-Arabien, Kuwait und die Golf-Emirate. Die Saudis finanzieren weltweit den islamischen Fundamentalismus, ohne dass die USA jemals etwas dagegen unternommen hätten.

Drittens: Die Sanktionen gegenüber dem Irak sollten beendet werden, da sie Tausenden das Leben kosten, insbesondere Kindern. Das Land wurde auf das Niveau eines Drittweltlandes gedrückt. Dies wird als eine tiefe

Demütigung der gesamten arabischen Welt wahrgenommen. Man kann nicht Krieg mit UN-Resolutionen wie gegen den Irak führen und im Falle Israels die Missachtung aller UN-Resolutionen gutheißen und jede Kritik gegen das Land im UN-Sicherheitsrat mit einem Veto belegen.

Viertens: Die »Schurkenstaaten«-Doktrin gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Sie diene zur Durchsetzung amerikanischer Vormachtstellung im Mittleren Osten und hat den Interessen der EU nachhaltig geschadet.

Fünftens: Die USA müssen begreifen lernen, dass es eine tiefe Abneigung wegen ihrer Dritte-Welt-Politik gibt. Die Anliegen dieser Länder müssen ernster genommen werden. Das Verlassen der Antirassismuskonferenz in Durban war der jüngste Ausdruck amerikanischer und israelischer Arroganz und Verachtung der Habenichtse in der Welt.

Sechstens: Die Folgen der Globalisierung für die »Verdammten dieser Erde« müssen mit berücksichtigt werden. Die einseitige ökonomische Interessenpolitik des Westens ist aufzugeben. Sie hat sich wie ein »Heuschreckenschwarm« (*Arundhati Roy*) durch die armen Länder gefressen.

Siebtens: Auf das Raketenabwehrsystem sollte verzichtet werden. Hätte es noch eines Beweises für die Unsinnigkeit dieses Projektes bedurft –, so war es dieser schreckliche Anschlag. Das Raketenabwehrsystem entspringt dem Denken des Kalten Krieges.

Achtens: Die Europäische Union sollte verstärkt ihren Einfluss im Nahen Osten und gegenüber der Nahostpolitik der USA zur Geltung bringen, um eine gerechtere Lösung des Nahostkonfliktes zu erreichen.

Dies sind nur einige Aspekte, die jetzt zu diskutieren sind. Einfach zur Tagesordnung überzugehen, wäre langfristig kontraproduktiv. Die Frustration in der arabischen und Dritten Welt würde sich weiter erhöhen. In der arabischen Welt herrscht eine Art Verzweiflung. Aus ihr speist sich Fanatismus. Diese Verzweiflung ist auch ein Resultat

amerikanischer Politik im Nahen und Mittleren Osten. Eine Revision wird immer wieder von arabischer Seite angemahnt, aber bisher ohne Erfolg. Michael Wolffsohn machte es sich zu einfach, wenn er in der Jüdischen Wochenzeitung ALLGEMEINE vom 26. September behauptet, die Verbindung »zwischen Israel und dem islamistischen Anti-us-Terror« sei unsinnig. Die islamischen Fundamentalisten haben diese Verbindung immer betont.

Der Terroranschlag in den USA hat in Deutschland zu einer skurrilen Diskussion geführt. Jedwede Kritik an den USA wird als Anti-Amerikanismus diffamiert. Sogar seriöse Wissenschaftler wie der israelische Soziologie-Dozent Natan Sznaider vertreten die These, dass Anti-Amerikanismus auch eine Form von Antisemitismus sei. Anti-Amerikanismus sei »eine vornehme Form des Antisemitismus«, viele Israelis hätten dies auch begriffen. Auch für Hannes Stein (*DIE WELT*) ist der Antisemitismus der Schatten, der den Anti-Amerikanismus schon immer begleitet habe. Wenn sich dieses »Argument« durchsetzen würde, wäre jede Kritik an den USA, ganz zu schweigen an der Besatzungspolitik Israels, »antisemitisch«. Doch was hat Kritik am imperialistischen Gehabe der USA oder an der selbst von der UNO verurteilten Siedlungspolitik Israels mit Anti-Amerikanismus oder Antisemitismus zu tun? Dies zu kritisieren gehört zur Redlichkeit eines jeden Intellektuellen, der glaubwürdig bleiben will.

Rufen Sie uns an:
02 28 - 35 50 57

Rheinallee 4 a
53173 Bonn
www.dsuf.de

Spendenkonto
20 00 20 02
Sparkasse Bonn
BLZ 380 500 00



Deutsche Stiftung für
UNO-Flüchtlingshilfe e.V.